Gesetzvorlage zur organisierten Sterbehilfe geht vor der Sommerpause ins Parlament kfd-Gruppen schreiben Briefe an ihre Abgeordneten
Größter Frauenverband und größter Katholischer Verband Deutschlands bezieht Stellung

Foto: kfd DV Paderborn/Melanie Peter

Setzen sich gemeinsam für ein Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung und für den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung ein:
V.l.n.r. Ulrike Behler, Assistentin im Wahlkreis Christian Haase, MdB Christian Haase, Marlis Meermeier, kfd Diözesanvorsitzende Paderborn (Paderborn-Sande)und Uta Fechler, kfd Diözesanleitungsteam Paderborn (Höxter-Bruchhausen

Bei einem Treffen mit Christian Haase MdB verdeutlicht Marlis Meermeier, Diözesanvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) im Erzbistum Paderborn, die Position der kfd:
„Den assistierten Suizid als Dienstleistung oder gar als Teil der gesundheitlichen Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen lehnt die kfd ganz entschieden ab!“ stellt Marlis Meermeier, zu Beginn des Treffens mit dem heimischen Abgeordneten Haase klar.
"Die kfd hat Sorge, dass gerade alleinstehende ältere Frauen sich gedrängt fühlen, niemandem zur Last zu fallen,- da oft der Partner, der die Pflege übernehmen könnte, bereits verstorben ist. Gleichzeitig sind es überwiegend Frauen, die als Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen, Ehrenamtliche in den Hospizdiensten und als Familienangehörige die Sterbebegleitung leisten.“ erläutert Marlis Meermeier weiter." Die Gesetzvorlage geht vor der Sommerpause ins Parlament. "Inzwischen ist auf unserer kfd- Homepage ein Muster-Brief zu finden. Alle kfd-Gruppen sind aufgefordert, sich mit diesem Brief an ihre Abgeordneten zu wenden, damit die kfd-Position den Abgeordneten bekannt ist. Die Würde des Menschen schließt die Würde des Sterbens für uns mit ein. Bitte setzen Sie sich dafür ein."

„Am 2. Juli werden wir im Bundestag in 1. Lesung über die Ausweitung der Strafbarkeit der Suizidhilfe diskutieren. Ich spreche mich für das strafrechtliche Verbot der geschäftsmäßigen Suizidhilfe aus, weil der Suizid nicht zu einer normalen Option unter vielen werden darf. Wie Rainer Maria Kardinal Woelki sage ich: „Schmerzen nehmen, nicht das Leben!“. Der Schutz der Menschenwürde und des Lebens gebietet, dass wir uns gerade um die hilflosen und pflegebedürftigen Menschen kümmern und sie nicht im Stich lassen, wenn Sie Hilfe und Pflege am dringendsten brauchen“, erklärt Christian Haase MdB.
Weiter erklärt der Abgeordnete für den Wahlkreis Höxter/Lippe II: „Für mich ist die richtige Antwort auf die Angst vor einem qualvollen Tod deshalb vor allem der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Über einen entsprechenden Antrag der unionsgeführten Bundesregierung haben wir bereits in der letzten Sitzungswoche diskutiert. Ziel des Antrags ist ein flächendeckendes Angebot, damit alle Menschen dort, wo sie die letzte Phase des Lebens verbringen, ihre Lebensqualität verbessern und dabei umfassende Unterstützung finden können. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlt es heute noch an ausreichenden Angeboten. Diese „weißen Flecken“ wollen wir beseitigen. Deswegen werden wir die Hospizarbeit finanziell besser fördern.“

Die Abstimmung über dieses Gesetz wird voraussichtlich im November 2015 stattfinden.

Mehr Informationen und den Musterbrief an Bundestagsabgeordnete sind zu finden unter: www.kfd-bundesverband.de